

hundert Millionen Mark Schadenserstattung zahlen.

Das Geld könnten die HEW gut gebrauchen. Denn zum Ersatz des Kraftwerks Brunsbüttel plant das Unternehmen, bis Anfang des nächsten Jahrtausends neben dem dann stillgelegten Reaktor ein Kohlekraftwerk zu bauen. Kosten: mindestens eine Milliarde Mark.

Die Planung des Kohlekraftwerks zögern die Hamburger bisher hinaus, um Druck auf die Kieler Landesregierung auszuüben. Die Milliarden-Investition in Schleswig-Holstein soll erst erfolgen, wenn das Kernkraftwerk Brunsbüttel wieder am Netz ist. Die HEW-Chefs bestreiten, so schlitzohrig zu kalkulieren, und Möller mag von einem solchen Deal nichts hören.

Der Versuch, als Ersatz für Brunsbüttel Strom aus Norwegen zu beziehen, scheiterte Ende letzten Jahres. Der hannoversche Energieriese Preußenelektra bot den Skandinaviern um gut 50 Prozent höhere Preise. Das HEW-Geschäft platzte.

Inzwischen denkt Vahrenholt darüber nach, Strom in Island zu kaufen. Dort werden riesige Wasserkraftwerke geplant, die auch Hamburg versorgen könnten.

Die Schönheitsfehler: Das Kabel würde mehrere Milliarden Mark kosten, die Verbindung über den Meeresboden wäre kaum vor dem Jahre 2010 fertigzustellen, und der Preis pro Kilowattstunde wäre um ein Vielfaches höher als bei Kohle- oder Kernkraft.

„Aber vielleicht“, so Vahrenholt, „haben wir bis dahin eine Energiesteuer. Dann würde sich das rechnen.“ □

Umwelt

Steiler Kegel

Eine radioaktive Halde in Sachsen kann nicht saniert werden, weil sie unter Denkmalschutz steht.

Die Sachsen, sofern die Verallgemeinerung erlaubt ist, haben von ihresgleichen eine hohe Meinung. Schöpferkraft wissen sie vor allem dann zu schätzen, wenn sie sich landestypisch ausdrückt. Als einziges Bundesland haben sie sich im ersten Artikel ihrer Verfassung „der Kultur verpflichtet“.

Das hat Folgen. Mit Akribie und Eifer erfassen sächsische Denkmalpfleger seit zwei Jahren Gründerzeithäuser und Fabrikhallen, Schloßruinen und



Denkmalsgegner Troll, Uranhalde: Hochgradig kontaminiert

Postmeilensäulen. Insgesamt wird die Registratur, die 1996 vollständig vorliegen soll, rund 100 000 Zeugnisse schutzwürdigen Kulturschaffens auflisten.

Um eine Eintragung, die noch aus vergangenen DDR-Zeiten stammt, wird jetzt heftig gestritten. Der Gegenstand des Zwists erhebt sich bei Aue

die Wismut den riesigen Schuttberg sanieren. Deshalb hat sie Ende vergangenen Jahres beantragt, die „Halde 366 von der Denkmalliste zu streichen“.

Geschehen ist bisher nichts – obwohl die Wismut darlegt, „daß von der Halde in ihrem jetzigen Zustand eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht“. Insbesondere sei das Geröll „hochgradig radioaktiv kontaminiert“.

Als Beleg führt das Sanierungsunternehmen Wismut an, daß die sogenannte Ortsdosisleistung 40 Prozent über dem von der Strahlenschutzkommission empfohlenen Grenzwert liege. Um den Austritt von Radon in die Luft und von strahlenverseuchtem Sickerwasser in den Boden zu stoppen, will die Wismut den Schuttberg zunächst teilweise abtragen und dann mit Planen bedecken.

Viele Anwohner der Halde in Aue, Löbnitz und Schlema sind auch aus ästhetischen Gründen gegen den Erhalt des Bergbaumonuments. Gotthard Troll, parteiloser Bürgermeister von Löbnitz, drängt darauf, „das schwarze Ungetüm unserer Erzgebirgslandschaft anzupassen“.

Daß die Abraumhalde 1987 unter Schutz gestellt wurde, kam unter anderem auf Betreiben von Heinrich Douffet zustande. Der Geologe war damals an der Bergakademie Freiberg beschäftigt und kümmerte sich, wie er sagt, „viele Jahre ehrenamtlich um den Denkmalschutz“.

Heute ist Douffet Referatsleiter im sächsischen Wissenschaftsministerium und verdient sein Geld unter anderem mit der Aufsicht über die Denkmalpflege. Laut Gesetz sind „historische Landschaftsformen“ wie „Dorffluren“



DER SPIEGEL

im Erzgebirge, ist rund 150 Meter hoch und ungefähr 7,5 Millionen Kubikmeter groß.

„Halde 366“, so der unspektakuläre Name des umstrittenen Kulturguts, präsentiert sich weithin sichtbar als gewaltiger Überrest des regionalen Uranbergbaus. Der steil aufragende, von einigen wenigen dünnen Birken bewachsene Kegel war von 1955 an aus dem Schutt unterirdischer Grabungen aufgetürmt worden.

Eigentümerin der Abraumhalde ist die bundeseigene Sanierungsfirma Wismut, ein Nachfolgeunternehmen der gleichnamigen Sowjet-Gründung, die im Südosten der DDR den Rohstoff für Atombomben gefördert hat. Jetzt will

und „Haldenlandschaften“ schützenswerte Kulturleistungen.

Halde 366 ist Douffet ein besonderes Anliegen. Zahlreiche Wismut-Hinterlassenschaften seien bereits „sinnloserweise eingeebnet worden“. Den verbliebenen Schuttkegel sieht Douffet nicht nur als „Ausdruck moderner Technik“, sondern auch als „letzten Zeugen, daß von der Region Aue aus einmal Weltpolitik gemacht wurde“.

Sachsens Umweltminister Arnold Vaatz (CDU), der seine Kindheit in der Wismut-Region verbrachte, reagiert heftig: „Mir kommt die Galle hoch.“ Als Denkmal für Uranförderung und Bombenbau genüge schließlich, sagt der Unionspolitiker, „ein großes Kreuz auf einer alten Schachanlage“.

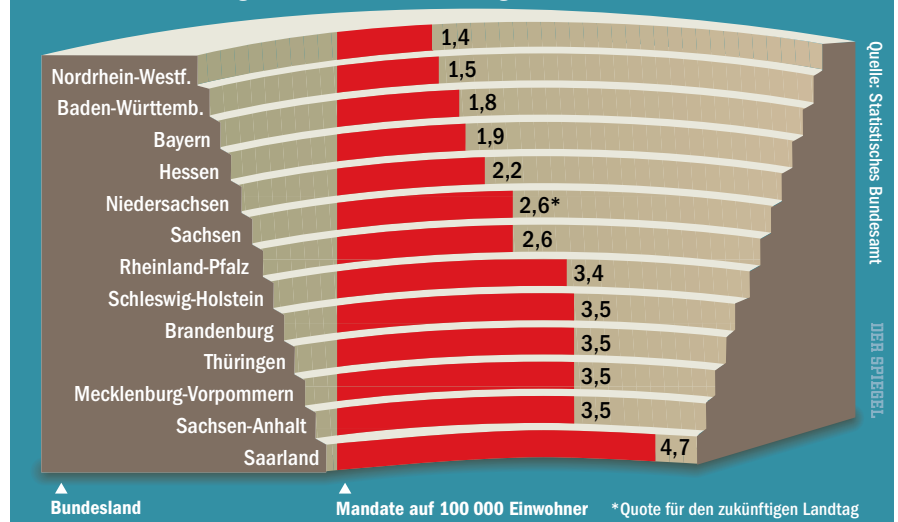
noch 120 Abgeordnete in den Dresdener Landtag einziehen.

Für Niedersachsen hat eine „Arbeitsgruppe Staatliche Aufgabenerfüllung“ ähnliche Idealwerte ausgeguckt. „Schon bei einer Reduzierung der Mandate“ von derzeit 161 auf 130, so die Arbeitsgruppe der Regierung, könne das Bundesland ein „besonders wirtschaftlich arbeitendes Parlament haben“. Das wäre etwa sieben Millionen Mark billiger pro Jahr als die derzeitige Volksvertretung.

Verglichen mit Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen, bemängelt die Arbeitsgruppe, sei die Zahl der Mandatsträger zu hoch (siehe Grafik). Gemessen am wohlhabenden Baden-Württemberg alimentiert Niedersachsen seine Abgeordneten außerdem zu üppig: Volksvertreter

Aufgeblähte Parlamente

Verhältnis der Landtagsmandate zur Bevölkerung der Flächenländer



Parlamente

Idealer Wert

Kleinere und billigere Parlamente fordern Politiker aller Parteien. Doch haben will sie keiner.

In Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sind Abgeordnete aller Parteien dafür, nur getraut haben sie sich noch nicht. In Rheinland-Pfalz erwärmen sich lediglich CDU-Parlamentarier für die Idee, in Niedersachsen hat die Regierung schon ausrechnen lassen, was die Großtat an Kosten spart.

In nahezu allen Landesparlamenten der Republik erörtern Politiker derzeit, wie ihre aufgeblähten Kammern zu entschlacken seien. Gehandelt hat bislang nur Sachsen: Nach der Wahl im September werden statt der bislang 160 nur

in Hannover bekommen 11 300 Mark pro Monat, ihre Stuttgarter Kollegen müssen sich mit 8700 Mark bescheiden.

Soweit die Theorie. Die Praxis: Vergangenen Monat genehmigte sich der neugewählte niedersächsische Landtag für die neue Legislaturperiode gleich fünf Landtagsvizepräsidenten – ein teurer Luxus. Niedersachsen, so jammerte SPD-Landesvater Gerhard Schröder zur gleichen Zeit in seiner Regierungserklärung, müsse „Ausgaben kürzen und dafür jeden Posten auf den Prüfstand stellen“.

Auch die Sachsen tun sich schwer, ihre Sparbeschlüsse umzusetzen. Im Mai lehnte Landtagspräsident Erich Iltgen (CDU) die Forderung seines Parteifreundes und Finanzministers Georg Milbradt ab, die Ausgaben für das um 40 Sitze schrumpfende Parlament mindestens um 10 Prozent zu kürzen.

Schildbürger Iltgens Begründung: Da die Zahl der Parlamentarier sich verringere, das Arbeitspensum sich mithin erhöhe, bräuchten die Abgeordneten künftig mehr Berater als bisher.